

Diplomatische Bemühungen für eine Deeskalation in Zentral Afrika

Antragsteller: RV West

Adressat*innen: Bezirkskonferenz, Landeskonferenz

Seit 2022 besteht wieder ununterbrochen eine große Spannung zwischen der Demokratischen Republik Kongo (ehem. Republik Zair) und Ruanda, mit ständigen militärischen Ausschreitungen in der Grenzregion im Osten Kongos (Nord- und Süd-Kivu). Die militärischen Ausschreitungen werden von verschiedenen Para-Militärischen Gruppen ausgeführt, wie der M23 Bewegung (der ethnischen Tutsi) sowie der FDLR (der ethnischen Hutu), die von den jeweiligen Regierungen in Ruanda bzw. Kongo unterstützt werden. Diese ständigen militärischen Ausschreitungen, die ein menschenwürdiges Leben für die Zivilbevölkerung seit Jahren nicht erlauben, verursachen außerdem die große Gefahr, dass die ganze Region der Afrikanischen Great Lakes in eine Spirale der weiteren, noch verheerenderen Eskalation gebracht wird.

Eine weitere Eskalation und offener Krieg zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo würde zu einer noch dramatischeren Menschenrechtssituation und humanitären Katastrophe führen, die noch mehr Menschen auf die Flucht treiben würde – etwa 1,1 Millionen kongolesische Staatsangehörige suchen zurzeit Zuflucht außerhalb der Grenzen des Kongo - und noch mehr Kinder in Gefahr vor Entführung, Rekrutierung und Einsatz durch Paramilitärische Gruppen, Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch bringen würde.

Wegen ständiger Gefahr und Ausschreitungen sind bis jetzt bereits 7 Millionen Menschen verdrängt worden (seit dem Anfang von 2024 wären es allein 360.000 Menschen nur in der Demokratischen Republik Kongo) und 23.4 Millionen Menschen in Kongo leiden unter Ernährungsunsicherheit, was die Demokratische Republik Kongo zum am stärksten von Ernährungsunsicherheit betroffenen Land der Welt macht.

Wir müssen zeigen, dass wir 30 Jahre nach dem Genozid an den Tutsi in Ruanda die wichtigen Lehren als Weltgemeinschaft gezogen haben und dass wir unsere Verantwortung als Europäische Union – als Friedenswächter sehen, der dafür sorgt, dass die zwei

Regierungen endlich die Aufarbeitung des Genozids gemeinsam durchführen und mit der kriegesischen sowie ethnisch feindlichen Rhetorik aufgehört wird.

Unsere Forderungen:

- Ablehnung jeglicher Vorstellungen oder Überlegungen der Umsetzung des sog. „Rwanda Plans“ für Geflüchtete in der Bundesrepublik Deutschland (auf Grundlage der Entscheidung der Rishi Sunak Regierung);
- Verbot für die FDLR, die an dem Genozid an den Tutsi maßgeblich beteiligt war, durch die Regierung der Demokratischen Republik Kongo – sowie die Öffnung des juristischen Prozesses gegen die jetzigen Mitglieder der FDLR;
- Einforderung des Rückzugs des Rwandischen Militärs aus dem Staatsgebiet der Demokratischen Republik Kongo, sowie das Einfrieren der finanziellen Unterstützung, die für die Zusammenarbeit und Stärkung der paramilitärischen Gruppe M23 eingesetzt wird;
- Sicherung der Essensversorgung für die Menschen im Osten Kongos - die vertriebene Bevölkerung benötigt dringend Sicherheitsunterstützung, medizinische und andere humanitäre Hilfe;
- Beide Regierungen sollen mit den Gesprächen über den geordneten Rückzug der vertriebenen Bevölkerung beginnen;
- Der aggressive Ausbau des Bergbaus in der Demokratischen Republik Kongo – in den Gebieten in Nord and Süd Kivu, sowie Ituri – muss sanktioniert werden
- Beide Staaten, die Demokratische Republik Kongo, sowie Ruanda sollen ihre Unterstützung für militante Gruppen in dem Krisengebiet einstellen und eigenes Militär für die Deeskalation zurückziehen;

- Zukünftige Zusammenarbeit und EU-Förderung für Ruanda muss an den Ergebnissen und Berichten der unabhängigen NGOs zu Menschenrechtsverletzungen in Rwanda und im Kongo gebunden werden. Die Zusammenarbeit und Unterstützung sollten erst dann fortgesetzt werden, wenn eine klare Grundlage dafür vorhanden ist, wie der Rückzug des Militärs aus Ost Kongo, sowie Öffnung der Konsolidierungsgespräche zwischen den Regierungen unter der Aufsicht von der Afrika Union, Kenia und Angola;
- Unterstützung für die Implementierung von dem sog. **Luanda Roadmap**, der den Weg für einen Waffenstillstand, einen Rückzug und eine Demobilisierung bewaffneter Gruppen vorsieht;
- Die Bundesrepublik soll den Exilruandern und der ruandischen Diaspora Schutz vor der Verfolgung und Einschüchterung durch den ruandischen Geheimdienst des Paul Kagames Regimes gewährleisten;
- Die deutschen Behörden und insbesondere das Auswärtige Amt sollten sich an der regelmäßigen Kritik anderer EU-Länder an der ruandischen Regierung beteiligen, die Verletzungen der Menschenwürde in Ruanda ansprechen und keine faulen Deals der deutschen Industrie sowie Sportvereinen, wie des FC Bayern München, mit Kagames Ruanda ohne Kommentar lassen.